

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897**

314 (10.7.1897) Morgenblatt

# Karlsruher Zeitung.

Morgenblatt.

Samstag, 10. Juli.

Morgenblatt.

Nr. 314.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 75 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1897.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 1. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Preussischen Obersten von Platenburg, Kommandeur des Infanterie-Regiments Herwarth von Bittenfeld (1. Westfäl.) Nr. 13, das Kommandeurkreuz 2. Klasse und dem Königlich Preussischen Hauptmann von Pfeil à la suite des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, Ordnonanzoffizier Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, das Ritterkreuz 2. Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 30. Juni l. J. gnädigst geruht, den Betriebssekretär Emil Zahs zum Revisor bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Politische Uebersicht.

Der Abschluß der Tarifverhandlung im Senat der Vereinigten Staaten hat von neuem dargethan, daß der Kongreß sich nach den Wünschen des Zuckerturfs richtet und nach dessen geschäftlichen Dispositionen handelt. Der Kongreß hat dem Zuckerturf zu Liebe 1890 in der McKinley-Bill den Zoll auf rohen Zucker aufgehoben, so daß der Turf, der ja die Zuckerverfabrikation nahezu monopolisiert, den ganzen Schutz auf raffinierten Zucker einstreichen konnte. Dann hat er 1894, als der Turf ungeheure Vorräthe rohen Zuckers angehäuft hatte, auch den rohen Zucker einem Zoll unterworfen, so daß der Turf auf diesen auf den Preis schlagen konnte. Dann hat er einen Differenzialzoll auf deutschen Prämiensucker eingeführt, während er den französischen nur mit dem gewöhnlichen Zoll belegte. An der Annexion Hawaiis ist neben den Inhabern hawaiiischer Staatsbürger vor allem der Zuckerturf beteiligt. Und jetzt genehmigt der Senat mit 33 gegen 19 Stimmen nicht allein den ganz extremen Zuckerturf — was sein Recht ist —, sondern auch den »den Prämiens entsprechenden Zuschlagszoll« auf Zucker aus Ländern, welche Prämiens zahlen, womit er offenbar die Rechte kränkt, die er selber als Gegenleistung gegen andere Rechte Deutschland, Desterreich u. s. w. eingeräumt hat. Ob der Stempel des Zuckerturfs noch länger geduldet werden kann, ist eine Sache, die lediglich die Amerikaner angeht. Dagegen hat das Ausland ein vollständiges Recht, zu verlangen, daß die Vereinigten Staaten ihre feierlich übernommenen Verpflichtungen anrecht erhalten. Sie haben Deutschland durch die Verträge aus den zwanziger Jahren und durch die Saratoga-Konvention von 1891 das Meistbegünstigungsrecht zugesprochen und dafür das Meistbegünstigungsrecht in Deutschland erhalten und genossen. Das Meistbegünstigungsrecht kann nicht nachträglich von Bedingungen abhängig gemacht werden, die bei Abschaffung der Verträge nicht aufgestellt waren. Wenn den Amerikanern die Verträge nicht mehr gefallen, so dürfen sie sie nicht mit Füßen treten, sondern müssen sich zur Kündigung entschließen.

Herr Chamberlain hat alle Hände voll zu thun. Als Kolonialminister hält er Konferenzen mit den in London anwesenden Ministerpräsidenten der britischen Kolonien, um die Grundsätze festzulegen, auf denen die Einigung des britischen Weltreiches aufgebaut werden soll. Daß dies keine leichte Aufgabe ist, weiß Jedermann, der die Entstehung und Entwicklung des englischen Kolonialreiches kennt, und mit den Schwierigkeiten vertraut ist, die frühere Kolonialsekretäre in ihren Unterhandlungen mit den selbständigen Gemeinwesen jenseits des Meeres zu überwinden hatten. Besonders bemerkenswerth sind die behutsamen Worte des Herzogs von Devonshire, der sagte, die Herstellung einer engeren Verbindung in Bezug auf politische Beziehungen müsse die Folge und nicht die Ursache engerer Beziehungen in vielen minder wichtigen und untergeordneten Angelegenheiten sein. Nun sind es aber gerade solche untergeordnete Angelegenheiten, die viele Kolonien unter einander und das Kolonialreich als Ganzes von dem Mutterlande trennen. Herr Seddon, der Ministerpräsident von Neuseeland, der im liberalen Hauptquartier ein Bankett mitgemacht hatte, dem die Sozialisten der Fabian Society einen begeisterten Empfang bereitet haben, ist für die Ansicht verantwortlich, daß die Erfüllung der von der British Empire Liga angestrebten Ziele näher ist, als viele Leute glauben. Ein Organ der Torypartei hat kürzlich eine Liste der Gegenstände aufgestellt, die bei den Besprechungen des Ministerpräsidenten im Kolonialamt unter dem Vorsitz des Herrn Chamberlain zur Behandlung kommen. Da sind in erster Linie die Rechte Großbritanniens über die Neu-Gebriden, die Salomoninseln

und die Inseln des Stillen Meeres im allgemeinen; ein zweiter Punkt ist die von dem englischen Schatzkanzler erhobene Einkommensteuer und Erbssteuer in Bezug auf das in den Kolonien befindliche Eigentum; ferner sollen die von den Kolonien zum Unterhalt der Kriegsmarine zu leistenden Beiträge festgesetzt werden. Die Legung eines unterseeischen Kabels durchs Stille Meer, die Verwendung farbiger Arbeiter und Kulis, die Gewährung von Vorzugsstarifen in gewissen Fällen und die Einführung des Pennypostes im ganzen Reiche sind untergeordnete Fragen in der Auffassung des Herzogs von Devonshire, aber daß die Ansichten der kolonialen Staatsmänner darin mit ihm übereinstimmen, läßt sich keineswegs behaupten. Nicht alle Kolonien sind reich genug, um Beiträge an die Kriegsmarine zu leisten. Zu diesen gehört Neufundland, Englands älteste Kolonie, die eben erst eine schwere finanzielle Krise durchgemacht hat. Ihr Ministerpräsident, Sir William Whiteway, möchte statt Geldes Muskeln, d. h. Matrosen liefern, an denen die englische Kriegsmarine sehr großen Mangel leidet. Eine nicht minder streitige Frage ist die des Bürgerrechtes. Das Verfahren zum Erwerb des Bürgerrechtes ist im Mutterlande nicht dasselbe wie in den Kolonien, die natürlich leichtere Bedingungen gewähren als Großbritannien und Irland. Sir Gordon Sprigg, der Ministerpräsident der Kapkolonie, will nicht einsehen, warum eine Verschiedenheit des Bürgerrechtes bestehen soll. Wenn die Konferenzen noch lange fortbauern, wird Herr Chamberlain, wie die »Post. Ztg.« meint, klagen ausrufen, daß er die Geister, die er rief, nicht mehr los werde.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer um den achtstündigen Arbeitstag ist nun doch eingetreten. Alle Mitglieder der »Gesellschaft der Maschinenisten«, der »Gesellschaft der Kesselmacher«, der »Gesellschaft der Messing Feinischer«, der »Gesellschaft der Schmelze und Hämmerer«, der »Londoner und Provinzial-Gesellschaft der Kupferschmiede«, der »Gesellschaft der Bohrer« und der »Gesellschaft der Maschinenarbeiter« haben in den Maschinenanstalten der Firmen Humphreys und Tennant, Thornycroft, Middleton, Silver und Henley die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streiker beträgt im ganzen 4000 Mann. Nur ein Gewerksverein besteht nicht an dem Streik, nämlich der Gewerksverein der Kesselmacher und Eisenschiffbauer. Dieser hat seinen Sitz in Newcastle. Am Samstag wurde sofort der Streik ausgesetzt. Er empfing eine Abordnung von Arbeitern von Firmen, die nicht zum Verband der Arbeiter gehören, aber auch eine Reduktion der Arbeitszeit nicht gewähren wollen. Die Abordnung bat, sich dem Streik anzuschließen zu dürfen. Einstweilen werden diese Arbeiter fortzufahren zu arbeiten. Zum Streik bemerkt der »Globe«: Die Maschinenbauer, welche meistens intelligente Arbeiter sind, müssen doch selbst einsehen, daß die Fabrikanten in eine Reduktion der Arbeitszeit ohne Lohnherabsetzung nicht willigen können. Fabrikanten, welche den Arbeitern günstig gefasst sind, berechnen, daß der Preis der Maschinen sonst um 5 bis 7 1/2 Proz. steigen muß. Eine solche Preisverhöhung würde nur dem Auslande zu Gute kommen und eine Menge Arbeiter müßte entlassen werden. Diese Dinge scheinen auf der Hand zu liegen. Der wahre Grund des Streikes ist deshalb anderswo zu suchen. Der mächtige und streitlustige Gewerksverein der Maschinenbauer hat allmählich eine riesige Kriegskasse angehäuft und die Führer fürchten, daß eine Meuterei in dem Verein entsteht, wenn der Fonds nicht für Kriegszwecke verwendet wird. Selbst wenn die jetzige Forderung gewährt würde, bliebe die Lage, was den Kampffonds betrifft, genau dieselbe. Nach kurzem Jubel würden die Maschinenbauer wieder Beschwerde führen, daß ihre Kasse nicht zu dem Zweck verwendet wird, weitere Konzessionen von den Arbeitgebern zu erzwingen. Je mehr die Fabrikanten nachgeben, desto gieriger würden die Arbeiter nach weiteren Siegen werden. Der Verband der Arbeitgeber hat den Streik mit einer allgemeinen Arbeitssperre der beteiligten Gewerksvereine beantwortet. Dieses Mittel soll erst gegen 25 Proz. der Gewerksvereine angewandt werden, wird aber auf die übrigen 75 Proz. ausgedehnt werden, wenn der Streik fort dauert. In dem letzteren Falle würden 75 000 Arbeiter ihre Arbeit verlieren. So groß auch die Kriegskasse des »Beschäftigten Vereins der Maschinenbauer« ist, reicht sie nicht aus, um 75 000 Mann lange zu erhalten.

Die Stellung der Engländer in Egypten hat mit der Situation in Indien insofern große Ähnlichkeit, als sie eben nur auf der Spitze der Wajonette balanciert und die gesamte einheimische Bevölkerung sich der englischen Okkupation gegenüber ablehnend verhält. Es kann auch kaum anders sein, da England sich nicht die geringste Nähe gegeben hat, sich der Sympathien der einheimischen Bevölkerung zu verschern, im Gegenteil zeigt sich nur zu häufig, wie wenig sich der Engländer darum kümmert, was in Herz und Sinn der Egyptianer vorgeht. Ein charakteristischer Zwischenfall, der für das Verhältnis der Okkupationstruppen zu den Einheimischen bezeichnend ist, ereignete sich vor nicht gar langer Zeit in

Alexandrien in der dortigen Kas-el-Tin-Kaserne. Dort war ein Soldat des Warwickshire Regiments am offenen Fenster mit Gewehrputzen beschäftigt. Ganz gegen alle Dienstvorschrift hatte er ein paar scharfe Patronen in seinem Besitz. Nun geschah es, daß ein Araberjunge von draußen mit Steinen nach dem Soldaten warf, was diesen so erzürnte, daß er sein Gewehr lud und den Jungen kaltblütig erschoss. Der Form wegen vor eine Militärjury gestellt, ward der Mörder einstimmig freigesprochen. Man kann denken, mit welchen Empfindungen dieses Vorkommniß und die Freisprechung des Mörders von der öffentlichen Meinung aufgenommen wurde. Aber dergleichen läßt das englische Okkupationsregime äußerst kalt. Die Truppen sind in Egypten nicht um moralische Eroberungen zu machen, sondern weil England Egypten für seine politische Weltmachtstellung gebraucht. Nicht anders wird auch das Vordringen gegen den Sudan motiviert. England dehnt seine Herrschaft nilaufwärts aus, so weit es nur immer kommen kann, wohl wissend, daß jede Eroberung es seinem letzten Ziele, der Begründung eines »Groß Indiens in Afrika«, um einen Schritt näher bringt. In Kairo nimmt man an, daß der Einzug der Expeditionstruppen in Berber etwa Mitte August wird erfolgen können.

Die Beziehungen zwischen Spanien und Japan, die seit dem Ausbruch des Philippinenaufstandes zu wünschen übrig liegen, weil man in Madrid Japan beargwöhnte, daß es bei dem Aufstande seine Hand im Spiele habe, sollen auf einmal eine ausgesprochene Wendung zum Besseren genommen haben. Spanien ist nämlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß es Japan wegen der Philippinen in falschem Verdacht gehabt habe, und die in San Sebastian, der Sommerfrische des königlichen Hofes, erwartete japanische außerordentliche Gesandtschaft soll daselbst mit einer Auszeichnung empfangen werden, welche Niemanden in Zweifel darüber lassen kann, daß zwischen beiden Mächten das herzlichste Einvernehmen besteht. Wenn eine derartige Annäherung der genannten Staaten thatsächlich erfolgen sollte, so läßt dieser Umstand für den erfahrenen Politiker nur eine einzige Deutung zu. Sowohl Spanien als Japan fühlen ihre maritimen Interessensphären, dieses auf Hawaii und überhaupt im Pacific, jenes seinen westindischen Kolonialbesitz, von den Vereinigten Staaten von Amerika bedroht, und diese Befürchtung vor amerikanischen Uebergriffen wirkt in Spanien wie in Japan kräftig genug, um trennende Momente in den Hintergrund zu drängen. Daß das trennende Moment — die Haltung Japans gegenüber dem Philippinenaufstande — nicht ein bloßes Phantasma eines nervösen Misstrauens der Madrider Regierung gewesen sein kann, erhellt schon aus seiner geraumen Zeitdauer. Mindestens muß es auffällig erscheinen, daß Spanien Jahre hindurch sich zu Japan beinahe auf einen feindlichen Fuß stellte, statt sich schon früher die Ueberzeugung von der völligen Loyalität der japanischen Philippinenspolitik zu verschaffen; und nicht minder auffällig berührt es den Beobachter der Entwicklung japanischer Dinge, daß man in Japan erst dann aufhörte, mit den Philippinen zu liebäugeln, als man sich durch die amerikanische Anreizpolitik auf den Sandwischinseln in die Enge getrieben fühlte. Der ursächliche Zusammenhang zwischen den amerikanischen Expansionsneigungen und der Annäherung zwischen den beiden dadurch unmittelbar in Mitleidenschaft gezogenen Mächten liegt auf der Hand. Insofern würde die in Rede stehende Kombination auch eine internationale Tragweite gewinnen und möglicherweise der Ausgangspunkt von noch weitergreifenden Neubildungen auf dem Gebiete der weltmächtlichen Konkurrenzen werden können.

### Deutsches Reich.

Berlin, 8. Juli. Wie wir hören, ist in manchen interessierten Kreisen in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, es würde eine Konvertirung der 3 1/2 Proz. Konsols vorbereitet. Allerdings wäre dies ja durchaus zulässig, denn die Sperrfrist von acht Jahren bezieht sich nur auf ein 3 1/2 Proz. konvertirte 4 Proz. Anleihen. Wie wir übrigens versichern können, ist über einen solchen Plan in maßgebenden Kreisen noch nicht das Geringste bekannt. — Der Plan der Errichtung einer Kleinbahn zur Erschließung unseres südwestafrikanischen Kolonialbesitzes wird gegenwärtig, und zwar insbesondere auch nach der eisenbahntechnischen Seite zwischen den beteiligten Ressorts erörtert.

Berlin, 8. Juli. Die Ernennung des Botschafters Freiherrn von Tzieltmann zum Staatssekretär des Reichsschatzamtessoll unmittelbar bevorstehen. Freiherr von Tzieltmann war bei dem Abschluß der Handelsverträge thätig. Er ist am 4. April 1846 geboren, trat Mitte der 70er Jahre in den diplomatischen Dienst, wurde 1878 der Deutschen Gesandtschaft in Washington zugetheilt und anfangs der 80er Jahre als Botschaftsrath nach Paris versetzt. Dort gehörte er zu den Vertretern des Deutschen Reichs auf der Pariser Währungskonferenz. Bald darauf wurde er der Botschaft in Konstantinopel zugetheilt und 1885 zur Klärung der dortigen Wirren nach Sofia als Generalkonsul entsandt. Im Herbst 1887 erhielt er den Gesandtschaftsposten in Darmstadt, den er 1890 nach dem Abgange des Herrn von Kuffnerow mit dem in Hamburg vertauschte. 1894 wurde er Gesandter in München und im März 1895 erhielt er an Stelle des nach Konstantinopel versetzten Freiherrn von Saurma-Jeltich den Botschaftersposten in Washington. — Herr





